

Ausgabe 2/2003

Bad Honnef, 19. März 2003

Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren,

es mehren sich die politischen Stimmen, die einen gewissen „Spielraum im europäischen Kontext“ bei der Mehrwertsteuer sehen. Konkret bedeutet das: Hier werden schon einmal Pflöcke für die nächste Steuererhöhung eingeschlagen – und das in einer Zeit, in der die Konjunktur am Boden liegt, Investoren und Verbraucher in einen kollektiven Streik getreten sind und die Unternehmen zudem unter einer überbordenden Steuer- und Abgabenlast stöhnen; von der Irak Krise ganz zu schweigen. Deshalb: Wer jetzt einer Mehrwertsteuererhöhung das Wort redet, mag dies zwar mit einer Verschiebung hin zu indirekten Steuern begründen, öffnet damit aber vorschnell ein Ventil für den enormen Reformdruck in den sozialen Sicherungssystemen. Hier wird das mögliche Ende eines Prozesses an den Anfang gestellt. Erst müssen die Systeme erneuert, die Eigenvorsorge gestärkt und Sparpotenziale konsequent ausgenutzt werden. Ansonsten stellt sich allzu schnell der hinlänglich bekannte politische Reflex ein, Ausgabenkürzungen durch Einnahmeerhöhungen zu ersetzen – ein Reflex, der die Steuer- und Abgabenquote auf mittlerweile rund 50 Prozent geschraubt hat. Also: Nicht Steuererhöhungen, sondern Entlastungen sind das Ziel. Und davon war in der Rede des Bundeskanzlers am vergangenen Freitag nicht ausreichend die Rede. Die Ankündigungen zum Arbeitslosengeld, zur Krankenversicherung, zum Kündigungsschutz und zu den Öffnungsklauseln für betriebliche Bündnisse deuten zwar zaghaft in die richtige Richtung, aber sie reichen bei weitem nicht aus und die Umsetzungschancen innerhalb der SPD sind zudem gering. Der angekündigte große Wurf war das nicht und es wird wieder deutlich, dass diese Regierung die Probleme der Wirtschaft nicht lösen kann. Umso mehr kommt es deshalb auf unsere eigenen Anstrengungen an, um trotz aller Widrigkeiten im Markt bestehen zu können.

In diesem Sinne grüßt Sie herzlich

Dirk-Uwe Klaas

Inhalt

Die deutsche Holz und Möbelindustrie im Jahr 2002	2
Die deutsche Kunststoffe verarbeitende Industrie im Jahr 2002	2
Außenhandel 2002: vorläufige Jahresergebnisse	3
HDH/VDM-Parlamentariergespräche im Juni in Berlin	3
21 Journalisten nahmen an der VDM-Pressereise „Wohnen & Schlafen“ teil	4
Landesverbände Niedersachsen/Bremen und Sachsen-Anhalt kooperieren verstärkt	4
Neuer Verband der Bestatter-Zulieferindustrie gegründet	4
LKW-Maut zunächst ohne Kompensation	5
KfW-Programm Kapital für Arbeit angehen	5
Schwarzarbeit in Deutschland	6
Leitfaden zur Anwendung der EU-Maschinenrichtlinie auf Möbel erschienen	6
Europäische Studie zum Image der Holzwirtschaft	6
Neu: DIN-Taschenbuch 66 Möbel	7

TEUFLISCH

Die Einkommensteuer hat mehr Menschen zu Lügner gemacht als der Teufel.

Will Rogers

(1879 - 1935, amerikanischer Humorist)

Die deutsche Holz und Möbelindustrie im Jahr 2002

Die deutsche Holz- und Möbelindustrie sieht trotz des jetzt vorliegenden schlechten Jahresergebnisses 2002 die Talsohle erreicht. Die Gesamtbranche verzeichnete im letzten Jahr einen Umsatzrückgang in Höhe von 6,9 Prozent auf 36,8 Mrd. Euro gegenüber 39,5 Mrd. Euro im Jahr 2001. Doch da der Beginn des Jahres schon wieder etwas besser aussah, besteht die Hoffnung, dass in diesem Jahr wieder leichte Zuwächse erzielt werden können. Insgesamt beschäftigte die Branche im Jahr 2002 254.569 Arbeiter und Angestellte (2001: 274.193) in 3.161 (2001: 3.368) überwiegend mittelständischen Betrieben.

Im Holzgewerbe, also bei den Bauelementen aus Holz, der Holzwerkstoffindustrie sowie den übrigen Holzbranchen (Holzverpackungen, Sägewerke etc.), kam es im letzten Jahr zu einem Umsatzminus von 3,5 Prozent auf 15,5 Mrd. Euro (2001: 17,0 Mrd. Euro).

Die einzelnen Teilsparten des Holzgewerbes entwickelten sich dabei durchaus unterschiedlich. Der größte Bereich – die Bauelemente aus Holz – verzeichneten einen Rückgang von 4,2 %. Mit 12,6 % fiel der Umsatzrückgang in der Sparte Holzveredelung am deutlichsten aus. Die Hersteller Kork-, Flecht- und Korbwaren liegen mit 11,6 % und die Sägewerke mit 3,8 % im Minus. Gleichzeitig stieg der Umsatz in der Holzwerkstoffindustrie um 0,4 % und bei den Herstellern von Holzverpackungen um 0,2 %.

Die durchschnittliche Zahl der Betriebe im Holzgewerbe betrug 1.681 und damit 8,3 % oder 152 Betriebe weniger als ein Jahr zuvor. Ein ähnlicher Trend zeigt sich bei der Beschäftigtenzahl, die um 9,2 % oder 9.807 Personen auf durchschnittlich 96.419 zurückging.

In der Möbelindustrie, dem größten Zweig der Branche, ging der Umsatz um 9,6 Prozent auf 20,3 Mrd. Euro (2001: 22,4 Mrd. Euro) zurück. Somit fehlte der Branche im Vergleich zum Vorjahr der Umsatz eines gesamten Monats.

Bei der Analyse der Teilsparten der Möbelindustrie ergibt sich folgendes Bild: die

Sitzmöbelindustrie verzeichnete einen Umsatzrückgang von 4,4 %, bei den Büro- und Ladenmöbeln ging der Umsatz um 12,1 %, bei den Küchenmöbeln um 7,7 % und bei den sonstigen Möbeln – in erster Linie handelt es sich dabei um Kastenmöbel – um 16,7 % zurück. Lediglich die Matratzenhersteller verzeichneten einen Umsatzanstieg von 10,2 %, der jedoch ausschließlich auf die Umgruppierung der Hersteller durch das Statistische Bundesamt zurückzuführen und daher wenig aussagefähig ist.

Es muss darauf hingewiesen werden, dass die amtliche Statistik die Umsatzentwicklung in der Sitzmöbelindustrie vor allem durch die Einbeziehung der Kraftfahrzeugsitze, die eine eigene Konjunkturdynamik aufweisen, systematisch verzerrt. Zieht man den gesondert entwickelten Konjunkturindex der Polstermöbelindustrie heran, so ergibt sich für das Jahr 2002 ein Umsatzrückgang von 9,2 %. Dieser Konjunkturindex wird von HDH/VDM ab Januar 2003 monatlich veröffentlicht.

Nicht nur die Einnahmen, sondern auch die Zahl der Unternehmen ging zurück. Im Durchschnitt des Jahres 2002 gab es in Deutschland 1.339 Möbel produzierende Industrieunternehmen und damit 3,9 Prozent oder 54 Betriebe weniger als im Vorjahr. Insgesamt 147.684 Frauen und Männer – 6,2 Prozent oder 9.728 weniger als 2001 – arbeiten derzeit in der Möbelindustrie.

Die deutsche Kunststoffe verarbeitende Industrie im Jahr 2002

Anlass zum vorsichtigen Optimismus bietet die Entwicklung der deutschen Kunststoffe verarbeitenden Industrie. Der Gesamtumsatz der Branche blieb mit 40,7 Mrd. Euro unverändert. Ein Blick auf die einzelnen Bereiche der Kunststoff verarbeitenden Industrie zeigt mit nur einer Ausnahme positive Vorzeichen. So konnten die Unternehmen der Verpackungsmittelindustrie ihren Umsatz um 2,5 Prozent steigern. Die Hersteller von Platten und Folien und die der sonstigen Kunststoffwaren wiesen ein Plus von jeweils 0,7 Prozent aus. Lediglich der Umsatz der Hersteller von Baubedarfsartikeln aus Kunststoff sank, bedingt durch die schlechte Baukonjunktur, um 5,6 Prozent.

Zwischen Januar und Dezember 2002 beschäftigte die Branche durchschnittlich 277.815 Männer und Frauen, was einen Rückgang gegenüber dem Vorjahr von 3,5 Prozent bedeutet. Die Zahl der Betriebe ging im gleichen Zeitraum um 2,5 Prozent auf 2.745 zurück.

Die Januarergebnisse liegen wegen der vom Statistischen Bundesamt zum Jahresanfang vorgenommenen Umstellungen zu diesem Zeitpunkt noch nicht vor.

Außenhandel 2002: vorläufige Jahresergebnisse

Nach den nun vorliegenden vorläufigen Jahresergebnissen 2002 betragen die Exporte der deutschen Möbelindustrie im letzten Jahr 4.969,8 Mio. € und die Importe 6.566,8 Mio. €. Im Vergleich zu den definitiven Werten der Jahres 2001 ergab sich somit sowohl bei den Exporten als auch bei den Importen ein Minus von 3,9 Prozent bzw. 6,3 Prozent.

Die Ausfuhren in die Länder der Europäischen Union gingen um 7 Prozent auf 3.237,2 Mio. € zurück. Der Anteil der EU an den Gesamtexporten schrumpfte somit von 67 auf 65 Prozent. Die wichtigsten Abnehmerländer bleiben nach wie vor die Niederlande mit einem Exportvolumen von 823,8 Mio. € (-7,7 % im Vergleich zum Vorjahr), Österreich mit 555,5 Mio. € (-16,8 %) und Frankreich mit 533,3 Mio. € (-6,8 %). Erfreulich positiv entwickelten sich dagegen die Ausfuhren nach Großbritannien mit 383,9 Mio. € (+10,5 %), Spanien mit 155,8 Mio. € (+9,4 %) und Schweden mit 75,3 Mio. € (+15,3 %). Auch die Ausfuhren in die Länder Osteuropas legten um 5,8 Prozent zu und erreichten ein Volumen von 548,3 Mio. €. Die wichtigsten Handelspartner waren hier die Tschechische Republik mit 161,7 Mio. € (+16,3 %), Polen mit 130,9 Mio. € (+2,1 %) und Ungarn mit 75,4 Mio. € (+12,4 %). Die höchsten Zuwachsraten verzeichnete die deutsche Möbelindustrie im Außenhandel mit Asien, die Exporte stiegen hier um 12,7 Prozent auf 234,6 Mio. €. Die Ausfuhren nach Nordamerika gingen hingegen um 3,1 Prozent auf 227,1 Mio. € zurück.

Auch im Jahr 2002 bleibt Osteuropa die wichtigste Herkunftsregion von Importmöbeln. Während die Importe aus den Län-

dern der Europäischen Union mit 2.253,6 (-17,8 %) regelrecht einbrachen und die Einfuhren aus den übrigen Ländern Europas mit 402,6 Mio. € (-5,8 %), Asien mit 506,5 Mio. € (-0,8 %) und Amerika mit 87,8 Mio. € (-13,6 %) Rückgänge zu verzeichnen hatten, stiegen die Importe aus Osteuropa nochmals um 3 Prozent auf 3.028,3 Mio. €. Der Anteil der Importe aus den Ländern Osteuropas an den Gesamtimporten erreichte somit erstmals 46 Prozent. Das wichtigste Importland bleibt nach wie vor Polen mit 1.350,5 Mio. € (+1,9 %), gefolgt von Italien mit 851,5 Mio. € (-21,0 %) und der Tschechischen Republik mit 536,7 Mio. € (+2,4 %).

Es muss darauf hingewiesen werden, dass die vorläufigen Jahresergebnisse lediglich Trends bei der Entwicklung der Außenhandelsströme widerspiegeln. Die absoluten Größen werden vom Statistischen Bundesamt nach Ergebnissen der Jahreskorrektur 2002 festgelegt. Dabei werden erfahrungsgemäß vor allem die Exportzahlen nach oben korrigiert. Vergleicht man die vorläufigen Ergebnisse des Jahres 2002 mit den vorläufigen Ergebnissen des Vorjahres, ergibt sich bei den Exporten ein geringfügiger Anstieg um 1,1 Prozent und bei den Importen ein geringfügiger Rückgang um 1,6 Prozent.

HDH/VDM-Parlamentariergespräche im Juni in Berlin

Die diesjährigen Parlamentariergespräche für die Mitglieder der Präsidien von HDH und VDM finden am 2. und 3. Juni diesen Jahres in Berlin statt. Zu den Gesprächspartnern unserer Branche gehören dabei unter anderem Bundesminister Wolfgang Clement, die Fraktionschefs von SPD, FDP und Bündnis90/Die Grünen, Franz Müntefering MdB, Dr. Wolfgang Gerhardt MdB und Katrin Göring-Eckardt MdB sowie CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer MdB. Themen der Gespräche sind die Lage unseres Industriezweiges und die aktuelle Wirtschaftspolitik der Bundesregierung. Sollten Sie ein besonderes politisches Anliegen haben, so teilen Sie uns dies bitte mit, damit wir es in die Gespräche einbeziehen können.

Im Rahmen der zweitägigen Parlamentariergespräche wird auch eine Präsidiums-sitzung stattfinden, während der unter anderem auch die Jahrestagung am 8. und 9.

Oktober 2003 in Saarbrücken vorbereitet wird. Dort steht die Neuwahl der Präsidien von HDH und VDM auf der Tagesordnung.

21 Journalisten nahmen an der VDM-Pressereise „Wohnen & Schlafen“ teil

21 Journalisten aus allen Bereichen der Medien und aus dem gesamten Bundesgebiet nahmen an der VDM-Pressereise zu den Themen „Wohnen & Schlafen“ Anfang März des Jahres teil. Neben Fachredakteuren waren die WAZ, der WDR, die Neue Osnabrücker Zeitung, der Mannheimer Morgen, Die Glocke, die Mitteldeutsche Zeitung, die Süddeutsche Zeitung NRW, der Hessische Rundfunk, das Westfalen-Blatt, die Deutsche Presse Agentur sowie das Goldene Blatt vertreten. Die zweitägige Pressefahrt führte die Journalisten zu den Unternehmen Holtkamp-Wohnideen in Melle, incasa in Bad Salzuflen und Paschen in Wadersloh.

Die Ergebnisse der Pressereise werden in einer Dokumentation zusammengefasst, die wir Ihnen gerne kostenlos zur Verfügung stellen (siehe beigefügtes Bestellformular). Sollte auch Ihr Unternehmen Interesse haben, im Rahmen einer Pressereise des VDM vorgestellt und besucht zu werden, so wären wir für Ihren Anruf unter 02224/9377-31 sehr dankbar.

Landesverbände Niedersachsen/Bremen und Sachsen-Anhalt kooperieren verstärkt

Der Landesverband Niedersachsen und Bremen der Holz- und kunststoffverarbeitenden Industrie mit Geschäftsstelle in Oldenburg sowie der Landesverband Sachsen-Anhalt Holz und Kunststoffe mit Geschäftsstelle in Dessau haben kürzlich in Hannover einen Kooperationsvertrag geschlossen. Beide Verbände wollen die mit diesem Kooperationsvertrag die schon seit mehreren Jahren praktizierte Zusammenarbeit weiter intensivieren und ausbauen. Ziel der Kooperation ist es, die gemeinsamen Interessen der Holz- und Kunststoffbranche im Bereich Sozial-, Tarif- und Wirtschaftspolitik zu stärken, die Dienstleistungen gegenüber den Mitgliedern zu optimieren und eine effizientere Wahrnehmung der wirtschaftspolitischen Interessen der Branche Holz- und Kunststoff gegenüber den

beteiligten Regierungs- und Wirtschaftsinstitutionen zu erreichen. So werden zukünftig gemeinsame Standpunkte in regionalen – speziell auch grenznahen - wirtschaftspolitischen Fragen erarbeitet und abgestimmt, um diese gegenüber den Regierungen der Länder, anderen staatlich-öffentlichen Stellen und sonstigen Institutionen sowie Parteien noch wirksamer darzulegen. Die Tarifhoheit und die Selbständigkeit der beiden Landesverbände bleibe auch innerhalb dieser Kooperation gewahrt, betonten die Landesvorsitzenden, auch wenn eine spätere Fusion nicht ausgeschlossen werden soll.

Neuer Verband der Bestatter-Zulieferindustrie gegründet

Der neue Verband der deutschen Zulieferindustrie für das Bestattungsgewerbe (VDZB) hat seine Arbeit aufgenommen. Ende November 2002 haben der Bundesverband Sargindustrie (BVS) und der Verband der deutschen Bestattungswäsche-Industrie (VDBI) der Verschmelzung zu dem neuen Zulieferverband zugestimmt. Die Geschäftsstelle des neuen Verbandes, der Mitglied im HDH ist, wird unverändert in Bonn sein. Dem neuen Verband gehören 73 Hersteller von Särgen und Bestattungswäsche aus dem gesamten Bundesgebiet an, die gut 70 % des jeweiligen Marktvolumens abdecken. Weitere Bereiche wie Urnen, EDV, Bestattungsfahrzeuge etc. sollen künftig das Spektrum des Zulieferverbandes ergänzen.

Auslöser des Zusammenschlusses war die Erkenntnis, dass die Zukunft der Branche in der Bündelung der Interessen in einem gemeinsamen Zulieferverband liegt. Die Zahl der Inlandsproduzenten war in den letzten Jahren zudem stetig rückläufig. Zu den Zielen des neuen Verbandes zählen die Vertretung und Koordinierung der gemeinsamen Interessen gegenüber Bund, Ländern und Kommunen sowie Bestattern und Verbrauchern und unter anderem eine gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit. Zu den Kernkompetenzen des neuen Verbandes gehört zudem die Sicherung der von den Verbänden BVS und VDBI übernommenen Nutzungsrechte für das BVS-Vollholzzeichen und das VDBI-Fachzeichen, die beide warenzeichenrechtlich geschützt sind. Unter diesen eingeführten Zeichen vermarkten die Mitgliedsfirmen Vollholzsärge und Be-

stattungswäsche, die hiesige Umweltschutzanforderungen sowie festgelegte Qualitätsstandards für die Erd- und Feuerbestattung gleichermaßen sicherstellen.

LKW-Maut zunächst ohne Kompensation

„LKW-Maut – ein bürokratisches Monstrum droht“ hatten wir an dieser Stelle vor ein paar Wochen noch geschrieben, nachdem das Bundesverkehrsministerium erste Einzelheiten zum Erhebungs- und Kompensationssystem veröffentlicht hat. So sahen es auch andere und die EU stoppte erst einmal die Pläne. Die Bürokraten in Stolpes Ministerium hatten sich eine völlig praxisfremde Kompensationsmethode ausgedacht. Für jeden gezahlten Mautkilometer sollte es eine Ermäßigung von 1,3 Cent geben – aber nur dann, wenn genügend deutsche Tankquittungen nachgewiesen werden können. Diese „Schreibtischlösung, die wahrscheinlich zahlreiche zusätzliche Verwaltungsbeamte zur Kontrolle und Verwaltung erfordert hätte, ist jetzt von der EU Kommission bemängelt worden, da dadurch de facto nur deutsche Spediteure begünstigt worden wären. Unabhängig von der Frage, ob es vor dem Rüffel aus Brüssel keine Kontakte und Vorabgespräche gegeben hat, oder ein Konflikt offen in Kauf genommen wurde, wird jetzt im Verkehrsministerium fieberhaft über eine andere – Europa konforme Lösung nachgedacht. Die einfachen Lösungen liegen indes auf der Hand: Es geht um eine Kompensation von rund 300 Millionen Euro, die aus Sicht der Industrie auf jeden Fall noch erhöht werden muss und am Ende ca. 600 Millionen betragen muss. Im gleichen Umfang kann die Mineralölsteuer für Diesel gesenkt werden, was natürlich gewisse Streuverluste erzeugt. Die ebenfalls mögliche Senkung der Kfz-Steuer dürfte gleichfalls Europa tauglich sein, bringt aber nicht die erforderliche Entlastung. Also muss über eine Kombination der beiden Maßnahmen nachgedacht werden. Falls dies genau so lange dauert, wie die jetzt gescheiterte Lösung, dürfte die Maut am 31. August vermutlich ohne ein konkrete Kompensation starten. Da auch die Bundesländer an den Einnahmen indirekt über die Verteilung auf die verschiedenen Verkehrsträger beteiligt ist, erscheint eine Ablehnung der Maut im Bundesrat unwahrscheinlich. Immerhin rund eine Milliarde Euro der erwarteten Einnah-

men von insgesamt 3,4 Milliarden Euro sollen in das Anti-Stauprogramm in den Straßenbau fließen. Weitere Mittel gehen in die Bereiche Wasser und Schiene.

Nicht vergessen werden sollte bei den jetzt anstehenden Nachbesserungen, dass die Mautsätze nach wie vor viel zu hoch angesetzt sind und eine zwingende Zweckbindung der Mittel im vollen Umfang gewährleistet sein muss. Der Umfang der Kompensation sollte ebenfalls deutlich angehoben werden.

KfW-Programm Kapital für Arbeit angelaufen

Das Förderprogramm „Kapital für Arbeit“ der Kreditanstalt für Wiederaufbau unterstützt mittelständische Unternehmen, die Arbeitslose, von Arbeitslosigkeit bedrohte oder geringfügig Beschäftigte einstellen, Finanzierungsbedarf haben und eine ausreichende Bonität vorweisen. Hierzu gehört, dass das Unternehmen am Markt etabliert, positive Zukunftsaussichten aufweist und insgesamt kreditwürdig ist.

Die Mittel können für alle Investitionen und Aufwendungen im Rahmen von inklusive der mit der Schaffung von Arbeitsplätzen verbundenen Kosten eingesetzt werden. Nimmt ein Unternehmen dauerhafte Einstellungen vor, erhält es ein Finanzierungspaket, das aus einem klassischen Darlehen und einem Nachrangdarlehen besteht, die obligatorisch gleich groß sind. Die Beschäftigung muss in sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen erfolgen und auf Dauer angelegt sein (die Vertragslaufzeit hat mindestens 12 Monate zu betragen). Teilzeitarbeitsverhältnisse werden zur Hälfte angerechnet.

Mitfinanziert werden bis zu 100 % der förderfähigen Kosten, maximal jedoch 100.000 EUR in je neu geschlossenem Arbeitsverhältnis. Bei Teilzeitbeschäftigungen beläuft sich der maximal verfügbare Betrag auf 50.000 EUR. Ein Kredithöchstbetrag ist nicht vorgesehen.

Der KfW gewährt Kredite nicht unmittelbar an den Investor, sondern ausschließlich über Kreditinstitute, die für die von ihnen durchgeleiteten Kredite ganz oder teilweise die Haftung übernehmen. Der Antrag ist daher bei einem Kreditinstitut zu stellen, dessen Wahl dem Kreditnehmer freisteht. Weitere Hinweise zu Programmbedingungen erhalten Sie im Internet unter

<http://www.kfw.de>, unter der Servicenummer 01801/335577 bzw. per Telefax unter der Nummer 0169/743164355 und per E-Mail unter der Adresse iz@kfw.de.

Schwarzarbeit in Deutschland

Eine jüngst veröffentlichte Studie der Universität Linz geht davon aus, dass sich das Volumen der Schwarzarbeit in Deutschland alleine in diesem Jahr um 5,6 Prozent auf 370 Milliarden Euro erhöhen wird. Millerweile beträgt der Anteil der Schwarzarbeit damit rund 17 Prozent des offiziellen Bruttoinlandsproduktes. Im Vergleich zu unseren Nachbarländern Österreich und Schweiz, deren Anteil der Schattenwirtschaft am BIP mit 11 bzw. 10 Prozent angegeben wird, ist der illegale Wirtschaftsbe- reich in Deutschland besonders ausgeprägt. Die Gründe hierfür dürften mit der extrem hohen Steuer- und Abgabenbelastung auf der Hand liegen.

Besonders ausgeprägt ist die Schwarzarbeit in Deutschland im Baubereich und bei den Handwerksbetrieben inklusive der Reparaturen mit einem Volumen von rund 140 Milliarden Euro. Rund 40 Prozent der gesamten Schwarzarbeit entfällt somit auf diesen Bereich. Verglichen mit anderen ebenfalls für Schwarzarbeit anfälligen Bereichen wie etwa dem Gastgewerbe oder haushaltsnahen Dienstleistungen ist die Schattenwirtschaft am Bau mehr als doppelt so hoch. Innerhalb der vergangenen fünf Jahre hat es in keinem anderen OECD Land eine ähnliche hohe Steigerung der Schwarzarbeit gegeben wie hierzulande. Gründe genug also, gerade hier gegenzu- steuern und die Schere zwischen den Kosten für legale und illegale Arbeit zu verringern. Im Klartext heißt das, die Belastung des Faktors Arbeit zu verringern, um damit die Nachfrage zu steigern. Die gezielte Mehrwertsteuersenkung für das Bauhandwerk in Deutschland – ähnlich wie in Frankreich – wäre ein Baustein auf diesem Weg und würde den Finanzminister vermutlich noch nicht einmal etwas kosten. Denn zusätzliche Arbeitsplätze im legalen Bereich bringen Lohnsteuer und Sozialabgaben in die öffentlichen Kassen. Zusammen mit einem entsprechend erhöhten Umsatz dürften die direkten Steuermindereinnahmen durch die Absenkung der Mehrwertsteuer am Ende also deutlich überkompensiert werden.

Die Studie der Universität Linz über den Umfang der Schattenwirtschaft schicken wir Ihnen gerne zu.

Leitfaden zur Anwendung der EU-Maschinenrichtlinie auf Möbel erschienen

Nach Artikel 2 der EU-Maschinen-Richtlinie ist eine „Maschine im engeren Sinne“: eine mit einem anderen Antriebssystem als der unmittelbar eingesetzten menschlichen oder tierischen Muskelkraft ausgestattete oder dafür vorgesehene Gesamtheit miteinander verbundener Teile oder Vorrichtungen, von denen mindestens eines bzw. eine beweglich ist und die für eine bestimmte Anwendung zusammengefügt sind. Auf das Produkt Möbel übertragen bedeutet das, dass insbesondere Möbel mit elektromotorisch verstellbaren Teilen (E-Möbel) von der EU-Richtlinie betroffen sind. Um den betroffenen Herstellern die Umsetzung der Richtlinie zu erleichtern wurde jetzt in Zusammenarbeit mit mehreren Verbänden und unter Mithilfe weiterer Persönlichkeiten aus der Branche der Leitfaden „Anwendung der EU-Maschinenrichtlinie auf Möbel“ in Form einer Broschüre erstellt. Ergänzend dazu werden von den Verbänden Informationsveranstaltungen angeboten. E-Möbel müssen zukünftig das CE-Zeichen tragen. Voraussetzung hierfür ist die Durchführung einer Konformitätsbewertung und die anschließende Erstellung einer Konformitätserklärung. Auch hierzu enthält der Leitfaden nützliche Hinweise.

Die Broschüre hat einen Umfang von 20 Seiten, Format DIN A 5, sie ist mit 2 Klammern im Rücken geheftet und 3-seitig beschnitten und kann mit Hilfe des beigefügten Bestellbogens angefordert werden. Nichtmitglieder zahlen eine Schutzgebühr in Höhe von 5 Euro

Das Image der Holzwirtschaft – Eine europäische Studie

Die Generaldirektion Unternehmen der Europäischen Kommission hat jüngst Erwachsene und Jugendliche zwischen 16 und 18 Jahren in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union über ihre Kenntnisse und Einstellungen hinsichtlich der Holzwirtschaft befragt. Herausgekommen ist eine allgemeine Unkenntnis bezüglich der Arbeitsabläufe in den Industriezweigen der

Holzwirtschaft und ein vielfach schlechtes Image in Bezug auf Umweltschutz und Fortschrittlichkeit. Junge Leute sehen zudem die Beschäftigung in der Holzwirtschaft vielfach nicht als ein attraktives Berufsziel an. Die Studie beleuchtet sämtliche Verarbeitungsstufen – von der Forstwirtschaft bis zu den Endprodukten und beleuchtet hierbei auch die Besonderheiten zum Image der Holz verarbeitenden Industrie und zur Möbelindustrie, die in der Betrachtung der Befragten positiver abschneidet.

Ein Exemplar dieser Studie in deutscher Sprache schicken wir Ihnen gerne zu.

Neu: DIN-Taschenbuch 66 Möbel

Das neue DIN-Taschenbuch 66 stellt Möbelfabrikanten, Händlern und Prüfern sowie Herstellern von Werkstoffen und Beschlägen die wichtigsten Normen (DIN, EN, ISO) der Branche zur Verfügung. Die Dokumente umfassen die Sachgruppen

- - Küchen- und Badmöbel,
- - Tische, Stühle, Schränke,
- - Betten/Matratzen,
- - Kindermöbel,
- - Polstermöbel,
- - Schul- und Objektmöbel,
- - Außenmöbel

Es enthält terminologische Festlegungen und sicherheitstechnische Aspekte der Einrichtungsobjekte. Bewertungskriterien für die Entzündbarkeit von gepolsterten Möbeln werden dargestellt, Toleranzempfehlungen für Abmessungen ausgesprochen, sowie klare Aussagen über probate Prüfverfahren für Kinderlaufstühle, für Etagenbetten, für eingebaute und freistehende Küchen gemacht. Das DIN-Taschenbuch 66 dient als Grundlage für die aktuellen RAL-Gütebestimmungen.

Das DIN-Taschenbuch 66 Möbel ist erschienen in 6. Auflage im Beuth Verlag GmbH, 10772 Berlin, enthält 712 Seiten (A5 brosch.) und kostet 135 € (ISBN 3-410-15516-3).